



Wachstum zwischen Angst und Euphorie

Bundesrätin Doris Leuthard
Academia Engelberg

17. Oktober 2008, Engelberg

Sperrfrist
17.10.2008/11:00

**Es gilt das
gesprochene Wort !**

Sehr geehrter Herr Hug,
sehr geehrte Damen und Herren.

Wachstum – für die einen ein dickes Bankkonto oder der Aufstieg in die VIP-Klasse; für andere ein erfüllter Zustand in bescheidener Selbstzufriedenheit. Dazwischen liegt viel und ein französischer Kinderreim zeigt deutlich wohin unkontrolliertes Wachstum führt: „In einem Teich wächst eine Lilie jeden Tag auf die doppelte Grösse. Innerhalb von dreissig Tagen bedeckt sie den ganzen Teich. Das Wachstum erscheint so lange nicht als bedrohlich, wie genügend Wasserfläche zu sehen ist; auch am 29. Tag nicht. Die Hälfte des Teichs ist ja noch frei. Am 30. Tag ist der Teich aber zugewachsen.“

Wachstum schürt Ängste. Die Angst vor stark wachsenden Märkten, einem (noch) grösseren Graben zwischen Arm und Reich, der Verdrängung der KMU durch Global Players oder dem Ringen um die besten Arbeitskräfte.
Die Angst vor Verdrängung oder vor einer verschlechternden Wirtschaftslage; vor Krise, Rezession und Arbeitsplatzverlust.

Wachstum löst oft auch überbordende Euphorie aus. Die Folge sind Bonus-Exzesse, Spekulationen auf Immobilien-, Derivat- und Rohstoffmärkten, Preistreiberei.

In solchen Situationen pendelt das Vertrauen der Bürger in die Wirtschaft zwischen Angst und Euphorie. Ein Phänomen, das man in der gegenwärtigen Finanzkrise beobachten kann. Wo das Vertrauen fehlt, ist Wachstum nicht mehr sicher gestellt. In letzter Zeit hat fehlendes Vertrauen die Funktion des globalen Finanzsystems beeinträchtigt. Weil dieses Finanzsystem für jede Art wirtschaftlicher Aktivitäten essentiell ist, liegt es im Interesse der Bürger, dass die Regierungen in der Lage sind, wo nötig dieses Funktionieren sicher zustellen. In diesem Sinn haben Bundesrat und Nationalbank gemeinsam entsprechende Massnahmen zur Stärkung des Vertrauens ergriffen. Konkret hat die Nationalbank die Möglichkeit geschaffen, illiquide Papiere in einer Auffanggesellschaft zu deponieren, und der Bundesrat hat die Eigenkapitalbasis der UBS um 6 Milliarden Franken aufgestockt. Zudem soll der Einlegerschutz auf Sparguthaben ausgebaut werden.

Obwohl jede Unternehmerin, jeder Unternehmer hauptsächlich selber für Wachstum sorgen muss, darf die Politik nicht abseits stehen. Es kommt nicht gut heraus, wenn man sich nur in wirtschaftlich schlechten Zeiten an die Politik erinnert. Ich bin mir schon bewusst: Wenn die Wirtschaft wächst, dann ist dies das Verdienst der Manager – wenn es der Wirtschaft aber schlecht geht, dann ist die Wirtschaftsministerin daran schuld. Das ist zu einfach, denn bei allem Respekt:

- Wir leben in einer freien Marktwirtschaft; das ist richtig.
- Den Rahmen für den wirtschaftlichen Erfolg setzt die Politik; das ist nachhaltig. Dabei ist dieser Rahmen ständig anzupassen. Wie die Finanzkrise zeigt, haben wir dort zu viel Freiheiten eingeräumt und müssen nun Aufsicht und Systemfehler korrigieren. Wir sind heute vielleicht am Ende einer Ära angelangt. Dies ist eine Chance zu erkennen, dass selbst eine freie Marktwirtschaft eine gewisse Regulierung braucht. Dabei brauchen wir keine neuen Regeln; aber wir brauchen anderen, genauere, bessere Regeln.

Wie der Erfolg der bilateralen Verträge mit Europa oder unsere Bildungspolitik zeigen, ist es mit Hau-Ruck-Übungen wie Impuls- oder Investitionsprogrammen allein nicht getan.

Volkswirtschaftlich sinnvolle Rahmenbedingungen können nicht von heute auf morgen geschaffen werden.

- Die Wachstumspolitik orientiert sich an langfristigen Zielen und schafft Rahmenbedingungen für eine sinnvolle Beschäftigung, eine gute Lebensqualität, für Wohlstand und Wohlfahrt.
- Die Wachstumspolitik hilft mit, Pendelbewegungen zu dämpfen und Vertrauen in die Unternehmen und in die Märkte herzustellen.
- Was bedeutet dies konkret für die Wirtschaft: Die Wachstumspolitik sorgt für einen gerechten Marktzugang, gleich lange Spiesse von Industriestaaten und Entwicklungsländern, gerechte Preise und Löhne, den Zugang zu den Ressourcen (Wasser, Elektrizität, Technologie, Bildung und Wissen) – die Hoffnung auf Perspektiven.

Auch wir in der Schweiz hatten verschiedene euphorische und beängstigende Phasen. Existenzängste lösten Anfang des 19. Jahrhundert eine Auswanderungswelle aus. Viele Menschen sahen damals keine Chancen auf Beschäftigung und Auskommen bei uns. Gefährliche Euphorie löste etwa die Dotcom-Blase aus, als sich 1999 die Börsenwerte verschiedener IT-Unternehmen explosionsartig vervielfachten. Der Enron-Skandal brachte auch bei uns diverse „kreative“ Buchführungsmethoden zum Vorschein.

In all diesen Up's und Down's wurde die Politik immer irgendwann aufgefordert, korrigierend einzugreifen. In rezessiven Phasen mit sogenannten Impulsprogrammen, die oft erst griffen, wenn sich die Wirtschaft wieder erholt hatte. In Wachstumsphasen um gegen Bonus-Exzesse vorzugehen und für Transparenz bei Kaderlöhnen zu sorgen.

Auch wenn unsere Wirtschaftspolitik in der Vergangenheit oft reaktiv war, kann die Schweiz auf eine lange Wachstumsphase zurückblicken.

- Seit 1848 hat sich das BIP pro Kopf um mehr als verzehnfacht. Nach dem zweiten Weltkrieg hat die Schweizer Wirtschaft einen eigentlichen Sprung gemacht; und dies obwohl sich das jährliche BIP-Wachstum nach 1975 bei +/- 2% einpendelte.
- Die Beschäftigungslage hat sich ständig verbessert und heute sind über 3,9 Millionen Menschen im Arbeitsprozess.
- Wir gehören, gemessen am BIP pro Kopf, zu den reichsten Ländern der Welt; Platz 6.
- Wir gehören zu den Exportweltmeistern; auf Platz 4.
- Wir sind eines der konkurrenzfähigsten Länder der Welt, Platz 2.
- Wir sind auf der World Data Base of Happiness das Land mit der höchsten Lebensqualität.

Wenn ich diese Wachstumsentwicklung betrachte, dann haben wir einiges erreicht:

- Wir sind reich, aber nicht sehr dynamisch.
- Wir sind fleissig, könnten aber produktiver sein.
- Wir haben unsere Stärken gestärkt, die Schwächen aber noch zu wenig konsequent ausgemerzt.

Damit die Schweiz auch in Zukunft wirtschaftlich als mittlere Weltmacht wahrgenommen wird, müssen wir von der reaktiven, sektoriell ausgerichteten hin zu einer interdisziplinären, interdepartementalen Wirtschaftspolitik kommen. Gärtchendenken hat ausgedient. Heute ist eine kohärente Wachstumspolitik über alle Departemente und Politikbereiche hinweg wichtiger denn je. Die Weltkonjunktur ist ins Stocken geraten, die Verteilungskämpfe werden härter geführt, die Schweiz steht in einem intensiven Standortwettbewerb. Es braucht eine übergeordnete, am Gesamtwohl orientierte Sicht. Es braucht eine Wirtschaftspolitik mit einem vernünftigen Profil. Es braucht eine Wirtschaftspolitik, die eine sinnvolle Beschäftigung mit guter Lebensqualität ermöglicht. Dazu sind wir auch gemäss Artikel 94 der Bundesverfassung verpflichtet; zusammen mit der privaten Wirtschaft zur Wohlfahrt und zur wirtschaftlichen Sicherheit der Bevölkerung beizutragen.

Das hat der Bundesrat erkannt und als Antwort auf die Stagnation der 90er-Jahre schon im Februar 2004 mit dem Wachstumspaket erstmals über alle Departemente hinweg 17 wirtschaftspolitische Massnahmen gebündelt. Allerdings war dies eine einmalige Politik, um das Trendwachstum in der Schweiz zu stärken. Dagegen wollen wir mit der Wachstumspolitik 2008-2011 einen kontinuierlichen Prozess einleiten.

Wenn wir nach dem Grundsatz von „gouverner c'est prévoir“ handeln wollen, dann müssen wir von einer punktuellen Betrachtung wegkommen.

- Nur so können wir den längerfristigen Herausforderungen adäquat begegnen.
- Nur so können wir die Chancen der Globalisierung zu unserem Vorteil nutzen.
- Nur so haben wir eine Antwort auf die demographische Alterung der Schweiz mit ihren Implikationen für die Finanzen des Staates und der Sozialwerke.

Wichtig ist dabei auch, dass sich die Fortsetzung der Wachstumspolitik - anders als das Wachstumspaket der vergangenen Legislatur - explizit nicht auf die Massnahmen beschränkt, die der Bundesrat in alleiniger Kompetenz dem Parlament unterbreiten kann. Das neue wachstumspolitische Konzept umfasst die internationale Ebene, den Bund und erstmals auch die Kantone.

Konkreter: Wir wollen in drei Bereichen Schwerpunkte setzen:

- Erstens wollen wir das hohe Kostenniveau senken und den Wettbewerb im Binnenmarkt stärken; etwa mit der Revision des Bundesgesetzes über technische Handelshemmnisse (THG) (Einführung des Cassis de Dijon-Prinzips) oder einem Freihandelsabkommen mit der EU im Agrar- und Lebensmittelbereich.
- Zweitens wollen wir den Unternehmensstandort aufwerten, und zwar mit dem Ausbau des Netzes von Freihandelsabkommen mit Partnern ausserhalb der EU, unserem Engagement im Rahmen der Doha-Runde oder einer unternehmerfreundlichen Steuerpolitik.
- Drittens wollen wir eine lohnende Erwerbsbeteiligung gewährleisten. Denn ein hohes Arbeitsvolumen ist wichtig, um den Herausforderung der demographischen Alterung begegnen zu können.

Die Umsetzung der angekündigten Reformen würde in der Schweiz die Produktion und die Reallöhne um 8% und die Zahl der Beschäftigten um 1,5% erhöhen. Wir erwarten, dass wir mit der Wachstumspolitik 2008-2011 über die Jahre hinweg einen positiven Beitrag von 5% bis 10% an das Bruttoinlandprodukt erzielen zu können.

Wie wichtig Wachstum ist zeigt ein altes jüdisches Sprichwort: „Wenn du nicht wächst, wirst du kleiner.“ Allerdings geht es mir dabei nicht ausschliesslich um bigger, faster and stronger. Es geht um kontrolliertes Wachstum und um nachhaltiges Wachstum. Nur mit einem nachhaltigen Wachstum sind wir in der Lage, unsere Sozialversicherungen – AHV, IV, Pensionskassen und Krankenversicherung – im jetzigen Ausmass zu finanzieren. Nur mit nachhaltigem Wachstum können wir sicherstellen, dass beispielsweise unser Boden innert 20 Jahren nicht verbaut ist oder in der Klimapolitik die nötigen Massnahmen getroffen sind.

Mit dieser Wachstumsphilosophie eng verknüpft ist unsere Politik der Öffnung. Sie führt zu mehr Wettbewerb und damit zu mehr Wohlstand. Sie führt auch dazu, dass wir besser positioniert sind; gerade auch in schwierigen Zeiten. Sie verhindert, dass die Verteilungskämpfe zwischen den Sozialpartnern und den Generationen immer härter werden. Sie sorgt dafür, dass wir den Unternehmen einen attraktiven Wirtschaftsstandort und den Bürgerinnen und Bürgern ein interessantes Lebensumfeld bieten können. Der Beweis dafür sind die vielen hochqualifizierten Einwanderer in den letzten paar Jahren. Sie haben – gemäss der neusten Studie von Avenir Suisse - überproportional zum Wachstum beigetragen.

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn wir ein wirtschaftliches Wachstum fördern wollen, das weder Ängste noch exzessive Gehalts- und Preisblasen auslöst, dann hat der Staat seine Rolle frühzeitig und prospektiv wahrzunehmen und dabei folgende drei Fragen zu beantworten:

- Im globalen Kontext: Können unsere Verfahren in einer globalisierten Welt bestehen?
- Zeitrelevant: Handeln wir schnell genug; ist unser demokratisches System zur zeitgerechten Umsetzung der Reformen in der Lage?
- Ethisch/moralische Abstützung: Können wir eine liberale Ausrichtung der Wirtschaft sowie soziale und ökologische Verantwortung im Gleichgewicht behalten?

Wir haben mit unserer Politik bewiesen, dass wir liberale UND sozial handeln können; beispielsweise mit unserem liberalen Arbeitsmarkt UND gleichzeitig einer gut ausgebauten sozialen Arbeitslosenversicherung.

Wirtschaftliches Wachstum ist nur in einem ausgeglichenen Klima möglich.

In einem Klima, in dem

- staatliche Rahmenbedingungen nicht einengend wirken, gleichzeitig aber Wildwuchs verhindern und
- fähige Unternehmer, innovative Forscher und kreative Arbeitnehmende ihre Verantwortung wahrnehmen.

Unverzichtbar ist darüber hinaus das Vertrauen in Politik UND Management.

- Ohne Vertrauen keine Kreditwürdigkeit.
- Ohne Vertrauen kein Engagement.
- Ohne Vertrauen keine Innovation.

Wenn den Menschen das Vertrauen in das System fehlt, wenn Sie das Gefühl haben, sie würden ungerecht behandelt, dann bleibt jede Wachstumspolitik Makulatur. Wachstum lässt sich nicht erzwingen! Das ist in den letzten Wochen auf Finanzmärkten deutlich sichtbar geworden. Zuerst hat Euphorie geherrscht, heute dominiert Angst.

Exorbitante, nicht nachvollziehbare Boni schaffen kein Vertrauen. Eben so wenig wie parteipolitisch durchsichtige Profilierungsübungen auf dem Buckel der Arbeiter und der Kleinsparer.

Statt den grossen Wurf zu fordern, ist eine ausgewogene, abgesicherte Politik nötig, bei der niemand auf der Strecke bleibt. Statt sich in gegenseitigen Anschuldigungen aufzureiben, wäre es wichtiger, gemeinsam die Verfahren zu überdenken und die Rahmenbedingungen anzupassen, sonst wird der eingangs zitierte Kinderreim wahr und wir werden durch das Wachstum der anderen zur wirtschaftspolitischen Marginalie.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.